



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 06. Juni 2025 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die neue Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Friedrich Merz hat ihre Arbeit aufgenommen – mit einem klaren Kompass, entschlossenem Handeln und einem klaren Bekenntnis zur Verantwortung in herausfordernden Zeiten. Besonders erfreulich ist die Zusammensetzung des neuen Kabinetts, das politische Erfahrung und ökonomische Expertise in überzeugender Weise vereint. Die Aufgaben sind groß, und sie verlangen nach klugen, standfesten Entscheidungen.

Mit unserem neuen Außenminister Johann Wadephul setzt die Bundesregierung erste wichtige außenpolitische Akzente: Der Schulterschluss mit unseren europäischen Partnern wird neu belebt, das Bekenntnis zur NATO gestärkt. Ein zentrales Signal war der Besuch von Kanzler Merz in Washington bei US-Präsident Trump.

Dieser stellt ein deutliches Zeichen für die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft und für den Willen, gemeinsam Verantwortung für Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu übernehmen.

Ich freue mich sehr, dass ich meine Arbeit im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages auch in dieser Wahlperiode fortsetzen darf. Gerade angesichts der weltpolitischen Umbrüche ist eine klare außenpolitische Linie von großer Bedeutung. Mein Anspruch bleibt: Mit Weitsicht, Erfahrung und festen Werten Deutschlands Rolle in der Welt aktiv mitzugestalten.

Mehr zu den außenpolitischen Weichenstellungen der neuen Bundesregierung und den aktuellen Entwicklungen in der vergangenen Woche lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Bekämpfung illegaler Migration – entschlossen und wirksam handeln**
- **Wirtschaftsbooster für Deutschland – Investitionen statt Bürokratie**
- **Gäste aus dem Hochtaunus und Afrika**
- **Gute Nachricht der Woche: Mehr Gründergeist in Deutschland**

Bekämpfung illegaler Migration – entschlossen und wirksam handeln.

Die neue Bundesregierung hat unter Führung von Bundeskanzler Merz einen neuen Kurs in der Migrationspolitik eingeschlagen. Der vom Kabinett beschlossene Gesetzesrahmen zielt darauf, illegale Migration konsequent einzudämmen. Zentrale Punkte sind u. a. dauerhafte Grenzkontrollen, die Haftnahme vollziehbar ausreisepflichtiger Personen, die Einrichtung von Bundeseinrichtungen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht sowie mehr Befugnisse für die Bundespolizei.

Besonders deutlich wurde die Notwendigkeit entschlossener Maßnahmen nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin: Die dortigen Ausführungen zu einer angeblichen Rechtswidrigkeit von Zurückweisungen an der Grenze haben bundesweit für Diskussionen gesorgt. CDU und CSU halten dem entschieden entgegen. Bundeskanzler Friedrich Merz hat klargestellt, dass Deutschland rechtlich verpflichtet ist, seine Grenzen zu schützen – und dass Zurückweisungen möglich, notwendig und mit dem europäischen Recht vereinbar sind.

Standpunkt: Als Mitglied des Bundestags unterstütze ich diesen Kurs der Bundesregierung nachdrücklich. Deutschland ist ein offenes, hilfsbereites und humanitäres Land. Aber: Unsere Aufnahme- und Integrationsfähigkeit ist nicht unbegrenzt. Gerade Kommunen, Schulen, Sicherheitsbehörden und soziale Einrichtungen stehen vielerorts unter erheblichem Druck. Es ist unsere Pflicht, diesen Realitäten mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen.

Die jüngste Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin, das Zurückweisungen an der Grenze in Frage stellt, hat für Verunsicherung gesorgt. Doch wir als CDU/CSU-Fraktion machen deutlich: Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, seine Grenzen zu schützen. Bundeskanzler Friedrich Merz hat unmissverständlich klargestellt, dass Zurückweisungen möglich, notwendig und mit europäischem Recht vereinbar sind. Eine klare Haltung ist jetzt gefragt – und die zeigt diese Bundesregierung.

Wer die illegale Migration begrenzt, schützt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und nimmt Populisten den Nährboden. Wir setzen auf einen starken, handlungsfähigen Rechtsstaat, der die humanitären Prinzipien wahrt, aber Missbrauch verhindert und klare Regeln durchsetzt. Das ist kein Widerspruch – das ist verantwortungsvolle Politik im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. •

Wirtschaftsbooster in Deutschland – Investitionen statt Bürokratie.

Mit dem Wirtschaftsbooster hat die neue Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz ein zentrales wirtschaftspolitisches Reformprojekt auf den Weg gebracht. Ziel ist es, Deutschland als Industriestandort zu stärken, Investitionen zu erleichtern und bürokratische Hemmnisse zu beseitigen.

Der Maßnahmenkatalog ist breit angelegt: Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen erheblich beschleunigt, der Unternehmenssteuerrahmen wettbewerbsfähig gestaltet und Investitionsanreize gezielt gesetzt werden. Auch die Digitalisierung der Verwaltung soll massiv vorangetrieben werden.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Entlastung des Mittelstands – dem Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Wer in Deutschland investieren, Arbeitsplätze schaffen und Innovation ermöglichen will, darf nicht an endlosen Formularen, überholten Vorschriften oder jahrelangen Genehmigungsverfahren scheitern. Hier setzt der Booster an – mit konkreten Vereinfachungen und schnell wirksamen Maßnahmen.

Standpunkt: Nach Jahren der wirtschaftspolitischen Lähmung hat Deutschland endlich wieder eine Bundesregierung, die sich klar zur Leistung, zur Investition und zur sozialen Marktwirtschaft bekennt. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Wirtschaftsbooster zentrale Reformen anschiebt, die unser Land dringend braucht. Die Herausforderungen sind gewaltig: hohe Energiepreise, lahmende Digitalisierung, zunehmender Fachkräftemangel und eine wachsende Abwanderung von Industrieprojekten ins Ausland.

Es ist höchste Zeit, Deutschland wieder in Bewegung zu bringen. Bürokratieabbau, steuerliche Entlastung, schnellere Verfahren – all das ist kein Luxus, sondern notwendige Voraussetzung, damit unser Land international wettbewerbsfähig bleibt. Dabei geht es nicht nur um Wachstumsraten, sondern auch um gute Arbeitsplätze, Innovationskraft und wirtschaftliche Resilienz. Ich werde mich im Deutschen Bundestag weiterhin dafür einsetzen, dass diese Politik dauerhaft verankert wird. Deutschland muss wieder ein Land sein, in dem man investiert, aufbaut und an die Zukunft glaubt – dafür steht dieser Wirtschaftsbooster, und dafür stehe auch ich. •

Kanzlerbesuch in Washington.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat in dieser Woche seinen Antrittsbesuch in den Vereinigten Staaten absolviert. Im Gespräch mit US-Präsident Donald Trump standen außen- und sicherheitspolitische Fragen ebenso auf der Agenda wie wirtschaftspolitische Herausforderungen – insbesondere der transatlantische Handelskonflikt.

Die neue US-Regierung hat zuletzt eine Reihe von Importzöllen auf Produkte aus Europa und damit auch aus Deutschland eingeführt bzw. erhöht. Diese Maßnahmen treffen nicht nur deutsche Exporteure, sondern belasten das eng verflochtene wirtschaftliche Verhältnis zwischen EU und USA insgesamt.

Die Bundesregierung setzt sich – in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission – für eine schnelle und nachhaltige Lösung dieses Konflikts ein. Ein Ende des Zollstreits liegt im beiderseitigen Interesse. Denn die USA und die EU zählen zu den am stärksten miteinander verbundenen Wirtschaftsräumen weltweit.

Auch in meinem Wahlkreis sind international vernetzte Unternehmen vom transatlantischen Handel abhängig. So ist etwa Fresenius in Bad Homburg ein global tätiger Gesundheitskonzern mit starken Verbindungen in die USA. Auch Rolls-Royce in Oberursel, als traditionsreicher Standort für Hochtechnologie, ist auf stabile Lieferketten und faire Marktbedingungen angewiesen. Zusätzliche Zölle gefährden Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und damit auch Arbeitsplätze – direkt vor unserer Haustür.

Standpunkt: *Der Besuch von Kanzler Merz in Washington war ein starkes Signal für Dialog und wirtschaftspolitische Vernunft. Gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten dürfen wir keinen neuen Handelskonflikt riskieren – schon gar nicht mit unseren engsten Partnern auf der anderen Seite des Atlantiks.*

Europa muss im Zollstreit geschlossen auftreten und sich seiner wirtschaftlichen Stärke als Binnenmarkt bewusst sein. Klar ist: Wir wollen keine neuen Hürden, sondern weniger. Unser Ziel ist nicht Konfrontation, sondern Zusammenarbeit – und langfristig ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA.

Das wäre ein echter Gewinn – für unsere Unternehmen, für sichere Arbeitsplätze im Hochtaunus und für eine starke, regelbasierte Weltwirtschaft. •

Gespräch mit afrikanischen Sicherheitspolitikern.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, meinem Fraktionskollegen Dr. Wolfgang Stefinger, hatte ich die Gelegenheit, Vertreter des Netzwerks westafrikanischer Sicherheits- und Verteidigungspolitiker im Deutschen Bundestag zu einem Gespräch zu begrüßen.

Das Netzwerk vereint Abgeordnete und sicherheitspolitische Fachleute aus Ländern wie Benin, Nigeria, der Elfenbeinküste und der Republik Kongo. Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen Themen wie regionale Stabilität, der Kampf gegen den Terrorismus sowie die Bedeutung verlässlicher internationaler Partnerschaften – insbesondere auch mit Blick auf das sicherheitspolitische Engagement Deutschlands.

Gerade in einer Zeit, in der sich die geopolitische Lage weltweit verändert, ist der persönliche Dialog mit unseren Partnern in Afrika von zentraler Bedeutung. Es war ein offener, konstruktiver Austausch mit wichtigen Impulsen für unsere außen- und sicherheitspolitische Arbeit.

Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung herzlich für die Organisation und unseren Gästen für ihre Zeit und ihr Interesse an einer weiterhin engen Zusammenarbeit mit Deutschland. •



Austausch mit Presseräten aus Afrika.

Eine weitere spannende Delegation vom afrikanischen Kontinent konnte ich ebenfalls diese Woche im Bundestag begrüßen. Im Rahmen eines Besuchsprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte ich die Gelegenheit, Vertreterinnen und Vertreter unabhängiger Presseräte aus mehreren afrikanischen Staaten – darunter Ghana, Südafrika, Namibia, Kenia und Tansania – im Deutschen Bundestag zu einem intensiven Austausch zu empfangen.

Das Gespräch drehte sich um zentrale Herausforderungen für die Pressefreiheit auf dem afrikanischen Kontinent.

Diskutiert wurden unter anderem die wachsende Einflussnahme autoritärer Drittstaaten, die Bedrohung freier Medien durch extremistische Kräfte im eigenen Land sowie die Verbreitung von Desinformation – zunehmend auch durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz.



Ein weiterer Schwerpunkt war die Frage, wie große Digitalkonzerne – sogenannte „Big Techs“ – ihrer globalen Verantwortung gerecht werden. Viele afrikanische Partner beklagen zu Recht, dass internationale Plattformen wie Meta oder Google die Besonderheiten afrikanischer Mediensysteme ignorieren und sich regulatorischer Verantwortung entziehen. Hier wurde auch der EU-weit geltende Digital Services Act als mögliches Vorbild für Afrika diskutiert.

Besonders beeindruckt hat mich das klare Bekenntnis unserer Gäste zur Medienfreiheit und zur ethischen Selbstregulierung durch unabhängige Presse-räte – in vielen Fällen unter schwierigen politischen Bedingungen. Der internationale Dialog zur Stärkung von Medienvielfalt, Meinungsfreiheit und journalistischer Integrität ist wichtiger denn je – ich danke allen Beteiligten für den offenen und konstruktiven Austausch. •

Politik hautnah – erste BPA-Fahrt 2025 nach Berlin.

Knapp 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis haben in diesem Jahr an der ersten politischen Bildungsfahrt nach Berlin teilgenommen – organisiert vom Bundespresseamt (BPA). Vier Tage lang konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Bundespolitik und Geschichte erleben.

Ein Highlight war der Besuch im Deutschen Bundestag mit anschließendem persönlichem Austausch mit mir – eine Gelegenheit, aktuelle politische Themen direkt zu diskutieren. Weitere Programmpunkte waren u.a. eine Führung durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen, das frühere Stasi-Untersuchungsgefängnis,



sowie ein informativer Besuch im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Solche sogenannten BPA-Fahrten finden dreimal jährlich statt und sind eine großartige Möglichkeit, Politik transparent und erlebbar zu machen. Ich freue mich über das große Interesse und die vielen guten Gespräche – und lade schon jetzt herzlich zur nächsten Fahrt ein. •

Die gute Nachricht der Woche **Mehr Gründergeist in Deutschland.**

Eine neue KfW-Studie zeigt: Die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland ist so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr.

Besonders bemerkenswert: Immer mehr junge Menschen unter 30 Jahren wagen den Schritt in die Selbstständigkeit – so viele wie nie zuvor seit Beginn der Erhebung. Das ist ein starkes Zeichen für neuen Gründergeist und unternehmerischen Mut in unserem Land.

Die CDU-geführte Bundesregierung setzt genau hier an: mit besseren Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie, schnelleren Verfahren und gezielter Förderung. Denn wer den Mut hat zu gründen, verdient Rückenwind, nicht Hürden. Gründerinnen und Gründer sind Innovationstreiber und Garant für wirtschaftliche Zukunft. Dieses Potenzial wollen wir stärker aktivieren. •